

Gegen Ungleichheit – monetäre Armutsbekämpfung bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen

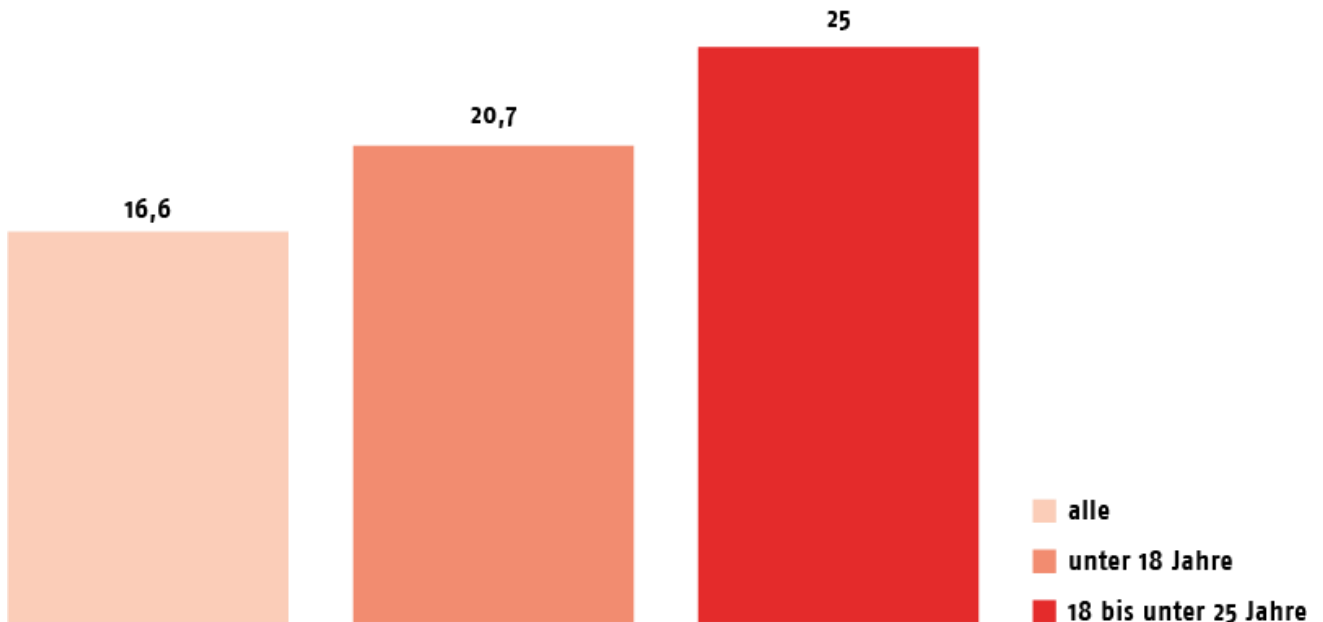
Als AWO ist uns klar: Armutsbekämpfung kann nur erfolgreich sein, wenn Politik auf allen Ebenen des föderalen Systems und in verschiedenen Politikfeldern die richtigen Weichen stellt. Neben einer Politik für gute und existenzsichernde Erwerbsarbeit und dem Ausbau und Erhalt einer nachhaltig und auskömmlich finanzierten sozialen Infrastruktur ist der zentrale Hebel zur Bekämpfung von Armutslagen eine ausreichende Höhe staatlicher monetärer Transfers, die allen Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen faire Entwicklungschancen eröffnen.

Junge Menschen sind besonders häufig von monetärer Armut betroffen. In vielen unserer Einrichtungen und Diensten erleben wir die Auswirkungen von Armut Tag für Tag, wenn beispielsweise das Geld nicht ausreicht, um eine neue Winterjacke zu kaufen, die Mitgliedschaft im Sportverein zu teuer ist oder Kinder mit ihren Eltern nie in den Urlaub fahren können. Die individuellen Gründe sind stark von der Lebenssituation der jungen Menschen abhängig. Bei Kindern und Jugendlichen, die mit ihren Eltern zusammenleben, ist die Ursache für Armut in der Regel ein zu geringes Familieneinkommen, das die Eltern erwirtschaften. Zu geringe Familieneinkommen sind zum Beispiel die Folge von verminderter Erwerbsfähigkeit aufgrund von Krankheit oder Behinderung der Eltern, zu gering entlohnten Tätigkeiten in Teilzeit oder auf Basis eines Minijobs, aber auch von fehlenden Betreuungsmöglichkeiten, besonders auch bei alleinerziehenden Elternteilen. Viele Jugendliche finden nach ihrem Schulabschluss keine Ausbildung und brauchen daher auch in dieser Lebensphase staatliche Unterstützung, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Bei Studierenden oder Auszubildenden, die nicht mehr mit ihren Eltern in einem Haushalt leben, reichen die Ausbildungsvergütung und/oder die (zusätzlich gewährten) staatlichen Leistungen oft nicht oder nur gerade so aus, um die eigene Miete zahlen und die alltäglichen Ausgaben decken zu können.

Trotz der individuell stark variierenden Lebenssituation der einzelnen Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind die strukturellen Ursachen für die überdurchschnittlich hohen Armutsgefährdungsquoten in der Regel dieselben. Denn: monetäre Armut ist in letzter Instanz das Resultat von zu niedrigen Sozialleistungen, die zu geringe eigene Einkommen nur unzureichend ergänzen. Viele Familien und junge Menschen nehmen zudem die ihnen

zustehenden Leistungen aus Scham, zu hohen bürokratischen Hürden oder Unwissenheit nicht in Anspruch und leben daher unterhalb der Armutsschwelle.

Abbildung 1: Armutsgefährdungsquoten für verschiedene Altersgruppen (in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2024).¹ Eigene Darstellung auf Basis der Erstergebnisse des Mikrozensus 2023. Als armutsgefährdet gilt, wer in einem Haushalt mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60% des mittleren Äquivalenzeinkommens lebt.

Gute Praxis aus der AWO

Der AWO Bundesverband setzt sich auf vielfältige Weise für die Bekämpfung von Kinderarmut und Reformen im Bereich der monetären staatlichen Leistungen ein. Dazu gehören unter anderem:

- die **AWO-ISS-Studien**² zu Lebenslagen und Zukunftschancen von armen Kindern und Jugendlichen in Deutschland,
- die **Kurzexpertise**³ zu den Verteilungswirkungen der Kinderfreibeträge und politischen Reformoptionen für den Freibetrag für Betreuung, Erziehung und Ausbildung,
- die Mitgründung und aktive Mitgliedschaft im **Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG**,
- die Mitarbeit in Bündnissen, Gremien und Initiativen zur Überwindung von Kinderarmut, wie dem **Ratschlag Kinderarmut** der **Nationalen Armutskonferenz**.

Zur Bekämpfung monetärer Armut fordern wir

- eine **realitätsgerechte Neuermittlung der Regelbedarfe für Kinder und Jugendliche**,
- die Einführung eines **Umgangsmehrbedarfs** für Trennungskinder im Sozialrecht,
- die **sinnvolle Bündelung** von zentralen monetären Leistungen hin zu einer einkommensabhängigen und existenzsichernden Kindergrundsicherung,
- Verbesserungen für Familien im **Wohngeld**, sodass im Ergebnis die Belastung durch Wohnkosten für alle Familien mit Kindern auf maximal 30 Prozent des verfügbaren Einkommens begrenzt wird,
- die Anhebung des **BAföG** auf ein bedarfsdeckendes Niveau. Vor dem Hintergrund steigender Wohnkosten bedarf es auch einer Anpassung der regional bisher nicht differenzierten Wohnkostenpauschale,
- eine **elternunabhängigere Gewährung** von monetären Leistungen wie Kindergrundsicherung, Bürgergeld oder BAföG für Jugendliche und junge Erwachsene, die im Verlauf ihres Aufwachsens ein belastetes Verhältnis zu ihren Eltern hatten oder aktuell haben, wie zum Beispiel Careleaver*innen.

¹ Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2024): Tabelle A 2.0 Deutschland: Armutsgefährdungsquote nach soziodemografischen Merkmalen in % gemessen am Bundesmedian, <https://www.statistikportal.de/de/sbe/ergebnisse/einkommen-armutsgefaehrderung-und-soziale-lebensbedingungen/armutsgefaehrderung-und-4>

² Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. (2022): Langzeitstudie zur Lebenssituation und Lebenslage von (armen) Kindern, <https://www.iss-ffm.de/themen/alter/projekte-1/langzeitstudie-zur-lebenssituation-und-lebenslage-arter-kinder>

³ DIW ECON (2024): Wer profitiert vom Steuerfreibetrag für Bildung, Erziehung und Ausbildung? Eine Kurzepertise zur Verteilungswirkung und alternativen Gestaltungsmöglichkeiten, https://awo.org/wp-content/uploads/Pressemeldungen/2024/Kurzepertise_AWO_DIWecon.pdf



Mehr erfahren unter:
awo.org/service/kampagnen



Demokratie.
Macht.
Zukunft.

Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend